



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL  
Sitzung vom 12. Juli 2012

Gesch. Nr. 064/12

**16.04 Gemeindeorganisation; Gemeinderat  
Auszug zur Ratsdebatte zum untenstehenden Geschäft**

[...]

**3. GESCHÄFT-NR. 064/12  
Geschäftsbericht 2011**

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat in Anwendung von § 30 Ziffer 5 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Jahres 2011 und bittet um Genehmigung gemäss § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.

*Ratspräsident Andy Buecheler, SVP*, schickt vor der Detailberatung dieses Geschäftes einige grundlegende Anmerkungen zum Ablauf voraus:

Die Reihenfolge der Beratung dieses Geschäftes gestaltet sich wie folgt:

- Referat des Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission (inkl. Abschied)
- Stellungnahme der Stadträte zu den mit der Geschäftsprüfungskommission im Vorfeld vereinbarten Themen (Reihenfolge der Ressorts gemäss gedrucktem Geschäftsbericht)
- Fragen der Ratsmitglieder (jeweils zuerst GPK-Mitglieder, danach Ratsmitglieder) können während der Behandlung der einzelnen Ressorts angebracht werden (im Anschluss der stadträtlichen Reden).

Um eine effiziente Behandlung dieses Geschäftes zu ermöglichen, seien folgende Hinweise gegeben:

Die Fragen sollten sich auf Vergangenes beziehen und die entsprechende Stelle im Geschäftsbericht jeweils mit Nennung der Seitenzahl erläutert werden. Fragen, die sich mit Sachgeschäften in der Zukunft auseinandersetzen, können anlässlich der alljährlichen Fragestunde im Herbst an die Mitglieder des Stadtrates gerichtet werden.

Die Mitglieder der GPK haben den Stadträten im Vorfeld dieser Sitzung Fragen zukommen lassen, welche im Plenum nochmals erörtert werden. Pro Ressort ist eine Behandlungszeit von 5 bis max. 10 Minuten vorgesehen.

Die Stadträtinnen und Stadträte berichten aus den Ressorts:

<b>Ressort</b>	<b>Seite</b>
GEMEINDE	1
GROSSER GEMEINDERAT	5
STADTRAT	10



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

PRÄSIDIALES	13
FINANZEN (FINANZEN / STEUERN)	25 / 33
GESUNDHEIT	39
HOCHBAU	51
JUGEND UND SPORT	66
SCHULE	77
SICHERHEIT	90
SOZIALES	103
TIEFBAU	117
BETREIBUNGS- UND STADTAMMANNAMT	138
SCHWERPUNKTPROGRAMM DES STADTRATES	139
PENDENZENLISTE DES STADTRATES	144

### **ABSCHIED DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION**

Das Geschäft wurde durch die Geschäftsprüfungskommission GPK vorberaten. Diese unterbreitet mittels Schreiben vom 4. Juni 2012 einen einstimmigen Abschied, wonach sie dem Gesamtrat die Genehmigung des Geschäftsberichtes empfiehlt. Für den detaillierten Wortlaut wird auf den separaten Kommissionsabschied in den separaten Akten verwiesen.

Es spricht Kommissionspräsident, *Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP*, welcher den Abschied wortgetreu zitiert.

### **RESSORT PRÄSIDIALES**

Stadtpräsident Ueli Müller, SP

Referenten GPK: Gemeinderäte Marco Nuzzi, FDP/JLIE und Gemeinderat Peter Stiefel, FDP/JLIE

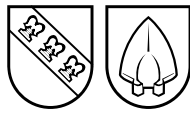
### **Seite 14, PARTNERSCHAFTEN, Inland**

Arvigo-Landarenca GR: Welchem Zweck dient das ehemalige Coop-Gebäude heute bzw. aus welchem Grund ist eine Sanierung finanziert durch die Gemeinde notwendig?

### ANTWORT DES STADTRATES

Damit das ehemalige Coop-Gebäude in Arvigo-Landarenca GR einer weiteren Nutzung zugeführt werden kann, bedarf es einer zwingenden Renovation. Es verfügt über eine nicht mehr zeitgemässe Haustechnik und die Wärmedämmung ist aufgrund der ungenügenden Isolation nicht mehr gewährleistet. Das Gebäude wird dereinst sowohl Bedürfnisse des Wohnens als auch kommerziell begründbare Angebote abdecken. So wäre die Ausstattung durch sogenannte Wohnstudios, Einzimmerwohnungen (vermietbar an Arbeiter des in der Nähe gelegenen Steinbruches) denkbar. Die Lokalität könnte aber dereinst auch Alterswohnungen beherbergen.

Die Renovationskosten von rund Fr. 2 Mio. können nur zu 2/3 durch die Mieten refinanziert werden. Der Kanton Graubünden beteilige sich mit Subventionen, was die energetischen Sanierungsmassnahmen betreffe.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Die Gemeinde Arvigo muss nach Abzug sämtlicher gesprochenen Gelder noch einen Beitrag von Fr. 350'000.- aus dem eigenen Etat entrichten. Dieser Betrag kann die Gemeinde unmöglich selbst tragen. Die Stadt Illnau-Effretikon beteiligt sich deswegen im Rahmen ihrer Partnerschaft an den Kosten – jedoch nicht à fond perdu. Die Gutsprache des Geldes ist aber an einen Zweck gebunden. Die Planunterlagen wurden der Stadt anfangs Dezember zugestellt und wurden in der Zwischenzeit eingesehen.

### FRAGE AUS DEM RAT

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP.

1. Stellenplan, Zusammenstellungen auf den Seiten 17-20.  
Blende man sämtliche Lernenden- und Praktikastellen aus, so wurde im Vergleich zum Vorjahr das Stellenetat um 4.5 Stellen aufgestockt. In der Zusammenfassung der Weisung zur Jahresrechnung 2011 schreibe der Stadtrat, dass im Rahmen des Schuldenabbaus vermehrt die Budgetdisziplin hochgehalten werden soll. Wie könne es der Stadtrat nun vereinbaren, die Stellen aufzustocken, wenn er zugleich sparen will?
2. Im Weiteren berichte der Stadtrat auf Seite 22, wonach der Informatikdienst für die Betreuung von 600 Arbeitsplätzen an 29 Standorten zuständig sei. Wespi fragt nach der genauen Zusammensetzung dieser Zahl.
3. Gemeinderat Wespi stellt fest, dass im Bericht nirgends von Stellenabbau oder Kompensationen die Rede sei.

ANTWORT DES STADTPRÄSIDENTEN nach kurzer Beratung mit dem Stadtschreiber Kurt Eichenberger.

1. Die Begründungen zu den Stellenaufstockungen liessen sich gemäss den detaillierten Ausführungen auf Seite 17 herleiten. Der Stadtrat habe nur dort, wo sich Stellenaufstockungen aufgedrängt haben und jeweils auf Antrag des jeweiligen Ressortvorstandes, Pensen erhöht resp. zusätzliche Stellen bewilligt.
2. In diese Zahlen eingerechnet seien alle Arbeitsstationen im Stadthaus, sämtliche Arbeitsplätze in den diversen Aussenstellen und alle Arbeitsstationen, die in den Schulhäusern den Schülerinnen und Schülern als auch dem Lehrpersonal zur Verfügung stehen.
3. Es sei nicht das Bestreben des Stadtrates Stellen abzubauen. Hingegen möchte er dazu beitragen, effiziente Abläufe zu schaffen, wo diese nötig sind.

### RESSORT FINANZEN

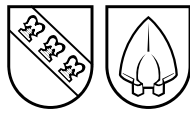
Finanzvorstand Philipp Wespi, JLIE

Referent GPK: Gemeinderat Rainer Hugener, GP/GLP

### Seite 28, Analyse Pensionskasse (Beamtenversicherungskasse BVK)

Die GPK hat sich zur Situation rund um die marode Beamtenversicherungskasse (BVK) erkundigt und möchte wissen, wie sich die Stadt dazu stellt.

ANTWORT DES STADTRATES RESSORT FINANZEN



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Der Stadtrat möchte das städtische Personal weiterhin bei der BVK versichert wissen. Hintergründe, die zur Entscheidung des Verbleibs geführt haben, liessen sich auch auf einen Beschluss des Kantonsrates abstützen. Dieser habe eine Einlage von Fr. 2 Mia. gesprochen. Ebenso werden im Zuge der Sanierungsmassnahmen den Gemeinden und weiteren bei den BVK versicherten Institutionen neue Anschlussverträge mit revidierten Konditionen unterbreitet.

Die Stadt möchte weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin sein. Das Personal soll sodann auch durchlässig auf allen Stufen gleich behandelt werden. Zudem möchte die Stadt innerhalb des Kantons und unter den anderen Zürcher Gemeinden vergleichbar bleiben.

Der Stadtrat habe die Frage des Wechsels zu einer anderen Einrichtung genau abgewogen und es auch nicht unterlassen, Offerten anderer Anbieter einzuholen. Die Alternativen seien jedoch schwer miteinander zu vergleichen. Die Strukturen anderer Produkte verfügen über derart verschiedene Kriterien (Arbeitnehmer/-geber-Beiträge, verschiedene Anlagestrategien, Altersstruktur der Versicherten), dass eine Komparation dem Vergleich zwischen Äpfel und Birnen gleichzusetzen ist.

Zudem sei zu berücksichtigen, dass eine heute attraktive Pensionskasse aufgrund der demografischen Entwicklung schnell in Schieflage geraten kann.

Der stadträtliche Finanzausschuss habe nunmehr seit zwei Jahren Offerten geprüft und Szenarien ausgemalt. Der strategische Entscheid des Verbleibs bringe hohe Kosten mit sich. Überdies sei die Stadt bei Unterzeichnung des neuen Anschlussvertrages fünf Jahre an die BVK gebunden.

Stadtschreiber Kurt Eichenberger hatte Einsitz in einer interkantonalen Arbeitsgruppe, wo Vertreter des Kantons und der bei der BVK versicherten Gemeinden fundierte Abklärungen getroffen haben. Im Rahmen ihrer Arbeit hat diese Kommission verschiedene Experten in Sachen Pensionskassen angehört, diverse externe Fachstellen konsultiert und abschliessend festgestellt, dass die BVK immer noch eine attraktive Kasse sei. Sie richte gute Leistungen aus und halte die Verwaltungskosten tief.

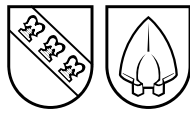
Die Altersdurchmischung der Versicherten kann als glücklich bezeichnet werden während diverse Polizeikorps und Spitäler ebenso bei der BVK versichert sind. Unter dieser Voraussetzung sei der „Turnaround“ einfach zu bewerkstelligen, da die Risiken und Kosten tief gehalten werden können.

Die Lehrerschaft wird teilweise durch den Kanton entlohnt, zu anderen Teilen erfolgt die lohnmassige Abgeltung durch die Stadt. Die Gesamtheit des Lehrkörpers soll jedoch im Verband der städtischen Angestellten keine Ausnahme darstellen, weshalb sie ebenso bei der BVK verbleiben soll.

Der Stadtrat lege Wert auf eine frühzeitige Kommunikation seiner Entscheidung. In der Hoffnung, dass dieser Signalwirkungen auf andere Gemeinden habe, zögerte der Stadtrat nicht, seine Haltung öffentlich kund zu tun. Es sei nämlich nicht in dessen Interesse, dass nun der befürchtete „Herdentrieb“ einsetze und nun alle Gemeinden zur BVK austreten. Dies würde der Kasse erheblichen Schaden zufügen. In diesem unerfreulichen Falle würden nämlich die Aktivrentner weiterhin ihre Leistungen bei der BVK beziehen und nicht wie das Gros der Versicherten in die neue Vorsorgeeinrichtung migrieren.

Der Stadtrat habe bisher seine personalrechtlichen Bestimmungen jenen des Kantons angelehnt. Infolge der guten Erfahrungen, welche er damit in der Vergangenheit gesammelt hat, möchte er von dieser Praxis ungerne abrücken.

Die Vorteile eines Verbleibes überwiegen die Nachteile um ein Vielfaches. Noch dazu sei erwähnt, dass das städtische Personal anlässlich einer Informationsveranstaltung und der dort durchgeführten Konsultativabstimmung seine nahezu einstimmige Zusage beschieden habe.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL  
Sitzung vom 12. Juli 2012

## RESSORT GESUNDHEIT

Gesundheitsvorstand Max Binder, SVP  
Referent GPK: Gemeinderat Peter Stiefel, FDP

### 1. S. 40, Betriebliche Überführung des Alterszentrums in eine öffentliche Anstalt:

Es ist die Rede von einer turbulenten Personalsituation, von welcher auch in der Bevölkerung Kenntnis genommen wurde. In welcher Form war Unterstützung durch die Abteilung Gesundheit nötig? Hatte dies personelle Konsequenzen innerhalb der Stadtverwaltung? Hat sich die Situation in der Zwischenzeit entschärft?

### 2. S. 41, Sanierung Alterszentrum Bruggwiesen

Weshalb ist die Idee von einer Solaranlage auf dem Altersheim so spät entstanden? Es sind Parallelen zum Sportzentrum Eselriet zu erkennen. Auch hier wurde in einer Art Salamitaktik die Thematik ‚Solarenergie‘ erst spät aufgegriffen. Wie beurteilt dies der Stadtrat? Wird mit dem Anbringen von einer Solaranlage nicht möglicherweise die zulässige Gebäudehöhe überschritten?

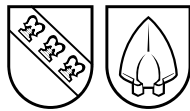
## ANTWORT DES STADTRATES RESSORT GESUNDHEIT

1. Die Geschäftsführung des Alterszentrums Bruggwiesen und der Verwaltungsrat benötigten die Unterstützung der Leiterin Abteilung Gesundheit in verschiedenen Belangen. Durch den Wegfall von Knowhow aus den Anfängen der betrieblichen Überführung (Abgänge Peter Kieni und David Bär) fehlten Grundlageninformationen, beispielsweise um das Budget 2012 erstellen zu können. Zudem benötigte die Geschäftsleitung Hilfestellung betreffend Auslegung der Vertragswerke (Anstaltsverordnung, Rahmenvertrag, Mietvertrag, Leistungsvereinbarung, etc.) zwischen der Stadt und dem Alterszentrum. Personelle Konsequenzen mussten nicht verzeichnet werden, da die Mehrarbeit im Rahmen des Wirkungskreises der Abteilungsleiterin aufgefangen wurde. Durch den erhöhten Zeitbedarf für die Unterstützung des Alterszentrums wurden aber andere Projekte in der Abteilung aufgeschoben. Zusammenfassend kann aus heutiger Sicht eine Beruhigung der Situation verzeichnet werden.

Auch die gefällten Personalentscheide (neuer Leiter Hotellerie, neue Leiterin Alterszentrum) tragen zu einer Entkräftigung der vormals prekären Situation bei.

Laut Binder hänge der Himmel dennoch noch nicht voller Geigen. Man sei aber zuversichtlich, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Auch den Ansprüchen der Bewohnerschaft und derer Angehörigen vermag künftig wieder vermehrt Rechnung getragen werden.

2. Die bestehende Solaranlage auf dem Dach des Altersheimes wies einen erhöhten Unterhalts- und Ersatzbedarf aus als ursprünglich angenommen. Zudem gestaltete sich die Beschaffung von Ersatzteilen als schwierig. Eine Gegenüberstellung der Sanierungskosten zu einer Ersatzvariante zeigte auf, dass die heutigen Solarzellen einen wesentlichen höheren Wirkungsgrad erzielen – d.h., dass bei gleicher Leistungsanforderung bedeutend weniger Fläche beansprucht wird. In Absprache mit dem städtischen Energieberater wurden im Sinne der kommunalen Energiepolitik verschiedene Gesamtbetrachtungen zur Nutzung der neu zur Verfügung stehenden Restdachfläche hinsichtlich alternativer Energieträger durchgeführt. Als wirtschaftlich günstigste Lösung erwies sich eine Zweistrategielösung mit Solar- und Photovoltaikzellen. Die vorgesehenen Zellen überschreiten die bisherige Gebäudehöhe nicht.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

### RESSORT HOCHBAU

Hochbauvorstand Reinhard Fürst, SVP  
Referentin GPK: Brigitte Rösli, SP/JUSO

#### Seite 52, Station Illnau

- Wieso wurden 14 Parkplätze erworben?
- Wieso konnten nur 2 Parkplätze weitervermietet werden?  
Anmerkung: in der Zwischenzeit sind es 5 vermietete Parkplätze.
- Was wird unternommen, um die Parkplätze vermieten zu können?
- Gibt es andere Nutzungsmöglichkeiten?

#### ANTWORTEN DES STADTRATES RESSORT HOCHBAU

Der Hochbauvorstand, Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, greift in Beantwortung seiner Fragen auf eine visuelle Präsentation zurück, welche sich in der Beilage zu diesem Protokoll befindet.

Die fraglichen Liegenschaften Usterstrasse 23/25 befinden sich im Perimeter des Gestaltungsplans Dorfplatz Illnau und sind dort mit der Gewichtung K2 bezeichnet. Hierzu heisst es in den Gestaltungsplanvorschriften:

Gestaltungsplan-Bestimmungen, 6.2 Parkierung:

„Oberirdisch sind lediglich Besucher- und Kundenparkplätze zulässig. ...Die Parkplätze für Bewohner und Beschäftigte sind für die Bereiche K1, **K2**, K3 und W1 in einer gemeinsamen Tiefgarage vorzusehen. Der Bau der Tiefgarage wird durch den Erstbauenden ausgelöst, wobei die anderen Beteiligten sich sofort finanziell beteiligen müssen.“

Gemäss Gestaltungsplan werden folgende Parkierungszahlen vorgeschrieben:

Die Geschossflächen im Baubereich K2 betragen 1'500 m<sup>2</sup>. Daraus abgeleitet wurden folgende Parkplatzzahlen errechnet (wobei für die Nutzung Annahmen getroffen werden mussten):

Parkplätze Bewohner	10	} 14 Parkplätze in Tiefgarage
Parkplätze Beschäftigte	4	
Parkplätze Kunden/Besucher	7	7 Parkplätze oberirdisch

Vermietung:

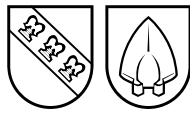
Die Parkplätze wurden mit Zeitungsinseraten und Ausschreibungen in den üblichen Internetplattformen und mit Bannern an den Fassaden der Usterstrasse 23 zur Vermietung angepriesen. Die Mietpreise sind dieselben wie sie für die restlichen Plätze in der Tiefgarage (und bei der Station Illnau) Anwendung finden.

Bezüglich anderen Nutzungen:

Gemäss feuerpolizeilichen Auflagen darf die Tiefgarage nicht zweckentfremdet werden (z.B. Lager- oder Arbeitsräume usw.). Insbesondere ist die Lagerung brennbaren Materials untersagt. Zudem handelt es sich um eine offen gestaltete Gemeinschaftstiefgarage - die städtischen Parkplätze sind somit nicht separat abschliessbar.

### RESSORT JUGEND UND SPORT

Jugend- und Sportvorstand André Bättig, FDP  
Referent GPK: Daniel Hari, EVP



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

### **Coachausbildung**

Was ist der Inhalt? Wer geht hin (Auswahl)? Was bringt es für die Stadt? Welchen Lohn gibt es?

Es handelt sich hierbei um eine spezielle Ausbildung, die man Jugendlichen anbieten will. Diese nehmen eine entlastende Funktion der Mitarbeiter des Jugendhauses wahr. Das Coachingsystem funktioniert über ein Punktesystem (verschiedene Berechtigungsstufen bezüglich Verantwortung etc.). Je mehr Punkte jemand erreicht, desto höher seine Kompetenzen (Aufsichtspflichten). Die Coaches sind durch Tragen einer speziellen Weste erkennbar.

Inhalte der Coachausbildung sind z.B. Ton- und Lichttechnik, Desktop Publishing, Nothelferkurs, Filmworkshop etc. Es dürfen alle Jugendlichen ab der 5. Klasse teilnehmen, die in Illnau-Effretikon wohnen. Sie vertiefen einen bestimmten Wissensbereich, bilden sich im Freizeitbereich weiter, eignen sich Kenntnisse und Fertigkeiten als Vorstufe für Lehre und Beruf an. Ebenso professionalisieren sie ihre Tätigkeiten als freiwillige Helfer in Projekten der Stadt. Die Entschädigung der freiwilligen Helfer hängt von der Verantwortung, vom Alter und vom Zeitaufwand des Einsatzes ab und beträgt zwischen 5 Franken und 30 Franken pro Person.

Mit diesem System hat man gute Erfahrungen sammeln können, jedoch ist vorgesehen, die Trägerschaft dem Forum für Jugendarbeit FOJA zu übertragen. In diesem Gremium sind verschiedene Institutionen (auch Kirchen, Freikirchen, Jugendarbeit Lindau, Jugendarbeit Illnau-Effretikon) zusammengefasst.

Zudem wird das bisherige Modell überarbeitet und an das gesamtschweizerische sogenannte Crew-Plus-Kurssystem angeschlossen. Sodann soll die Ausbildung erst ab Oberstufenalter absolviert werden können, da zu jungen Kindern noch nicht die gesamte Verantwortung aufgebürdet werden kann.

Übergeordnetes Ziel sei es, den Jugendlichen zu zeigen, dass auch sie ihren Platz in der Gesellschaft finden müssen und sie Verantwortung zu tragen haben.

-----

*Stadtrat André Bättig, FDP, möchte die Gelegenheit nutzen und eine Replik auf die eingangs der Sitzung durch Gemeinderat Ottiger geäußerte Kritik in Verbindung mit dem Unterbruch der Bauarbeiten beim Sportzentrum halten (vgl. Seite 5 dieses Protokolls).*

-----

*Ratspräsident André Buecheler, SVP, entzieht ihm daraufhin unweigerlich das Wort. Derzeit diskutiere man den Geschäftsbericht und keine anderen Traktanden.*

*Bättig entfernt sich des Rednerpultes betreten, während sich in den Reihen des Stadtrates scheinbar Unverständnis für den Wortentzug breit macht.*

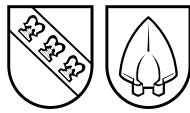
-----

### **RESSORT SCHULE**

Schulpräsidentin, Erika Klossner, FDP  
Referent GPK: Mathias Ottiger, SVP

### **Allgemein zum Thema Schule, Gewaltprävention**

Auf Seite 78 wurde Gewaltprävention an der Schule Illnau erwähnt. Was wurde dort weiter im Bereich Gewaltprävention umgesetzt? Wie wurde Gewaltprävention an allen Schulen umgesetzt?



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Gewaltprävention findet täglich an allen Schulen statt, da es sich um ein wichtiges Anliegen von Lehrpersonen, Schulleitungen und der Schulpflege handle. Die Lehrpersonen und auch die Behörde seien mit den Schüler und Schülerinnen über ihr Verhalten im Gespräch. Man übe sich in Aufmerksamkeit, suche das Gespräch mit Fachstellen und selbstverständlich auch mit den Eltern.

Die Schule habe die Institution des Klassenrates an allen Schulen eingerichtet, wo solche soziale Themen im Plenum besprochen werden. Dabei wähne man sich in Themenfeldern wie Schülerpartizipation, Verhaltenskodex, Umsetzung des Leitbildes usw. Dabei achte man auf die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Stufen und Klassen. An einigen Schulen würden zudem sogenannte „Peacemaker“ fungieren.

Wo nicht mit anderen Massnahmen beigegeben werden kann, spreche die Schulleitung zusammen mit der Schulpflege Verweise aus und drohe auch die Ausschulung einzelner Schüler/innen an. Die neuen sozialen Medien (Plattformen wie facebook, twitter, usw.) bergen sehr grosses Problempotenzial im Bereich des Mobbings, da die Schülerschaft den Lehrkräften weit überlegen sei, was das technische und Anwenderwissen über diese Austauschform belangt. Eine Überwachung und die zeitlich angepasste Reaktion gestalten sich deswegen sehr schwierig. In schlimmen Fällen des Mobbings zögere die Schule nicht, die Polizei einzuschalten.

### FRAGE AUS DEM RAT

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP.

#### **S. 78 / 79 Schulsozialarbeit**

Aus diesen Übersichten gehe nicht hervor, an welchen Schulen wie viele Schulsozialarbeiterinnen beschäftigt seien.

### ANTWORT DER STADTRÄTIN RESSORT SCHULE

Stadträtin ist sich aus dem Stehgreif ihrer Sache nicht so sicher und beginnt, die Schulhäuser und die Pensen der dort beschäftigten Sozialarbeiter/innen aufzuzählen.

- 70 %-Stelle in Illnau.
- 50 %-Stelle, Primarschule und Oberstufe, tätig in den Schulanlagen Watt und Eselriet, Effretikon.
- 60 %-Stelle für die Schulanlagen Watt und Schlimperg, Effretikon.

Im Vergleich mit anderen Gemeinden liege man diesbezüglich aber klar unter dem Durchschnitt.

### RESSORT SICHERHEIT

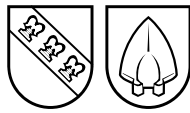
Sicherheitsvorsteherin Salome Wyss, SP.

Referent GPK: Reto Unterholzner SVP

#### **Seite 90, Kommissionen / Sicherheitsausschuss**

Was genau beinhaltet das Projekt „Eine sichere Stadt, in der sich alle wohlfühlen“? Was wurden für Massnahmen erarbeitet und was wurde umgesetzt? Sind schon erste Resultate von den umgesetzten Massnahmen bekannt?

### ANTWORT DER STADTRÄTIN RESSORT SICHERHEIT



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Der Stadtrat hat dieses Ziel bereits in seinem Schwerpunktprogramm 2010-2014 definiert. Diese Legislaturplanung wurde seinerzeit durch dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme unterbreitet, weshalb diese Frage etwas überrasche.

Stadträtin Wyss projiziert einen Auszug aus dem Schwerpunktprogramm des Stadtrates, Amtsdauer 2010-2014:

### **D** EINE SICHERE STADT, IN DER SICH ALLE WOHL FÜHLEN

---

#### **Ausgangslage**

- Seit einiger Zeit treten in Illnau-Effretikon wie in vielen anderen Städten vergleichbarer Grösse Probleme wie Nachtruhestörungen, Littering, Sachbeschädigungen und Alkoholmissbrauch zu Tage. Häufig handelt es sich bei den Verursachenden um Jugendliche bzw. Jungerwachsene. Das Sicherheitsempfinden von Teilen der übrigen Bevölkerung ist dadurch gestört. Dies führt zu Problemen im täglichen Zusammenleben.

---

#### **Zielsetzungen**

- Vandalismus reduzieren
- Nachtruhestörungen vermindern
- Den öffentlichen Raum in Randzeiten entanonymisieren
- Die Verständigung zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen verbessern und die Öffentlichkeit für jugendspezifische Anliegen sensibilisieren

---

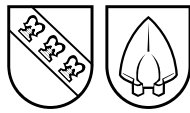
#### **Begründung**

Durch die fortschreitende Liberalisierung und das damit verbundene Wegfallen wesentlicher gesellschaftlicher Strukturen treten, verursacht primär durch Jugendliche und Jungerwachsene, nachts vermehrt Probleme (Alkoholmissbrauch, Vandalismus, Ruhestörungen) im öffentlichen Raum auf. Das Sicherheitsempfinden eines Teils der Bevölkerung ist dadurch gestört. Auf der anderen Seite fühlen sich die betroffenen Jugendlichen / Jungerwachsenen nicht verstanden. Die frühzeitige Förderung des gegenseitigen Verständnisses sowie das Durchsetzen der notwendigen Grenzen sind wichtig, um längerfristig ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten. Die wissenschaftlichen Grundlagen in der Soziokultur zeigen auf, dass sich die Jugendarbeit nicht ausschliesslich im Jugendhaus abspielt. Vielmehr treffen sich Jugendliche an informellen Orten und verbringen immer mehr Zeit im öffentlichen Raum. Ebenso kann eine Durchmischung der einzelnen Gruppen nur dann stattfinden, wenn das Vertrauen zu den Jugendarbeitenden gelegt werden kann.

---

#### **Vorgehen/Massnahmen**

- Im Rahmen einer allgemeinen Standortbestimmung ist zu prüfen, wo Spannungsfelder und ein entsprechender Handlungsbedarf existieren.
  - Die Situation in Problem-Gebieten wird analysiert, priorisiert und die geeigneten Massnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen.
  - Die Vernetzung zwischen den betroffenen Ressorts Sicherheit, Gesundheit, Jugend und Sport, Soziales sowie Schule soll überprüft und gezielt verstärkt werden.
  - Es ist zu prüfen, ob die heutige sozialräumliche Jugendarbeit
-



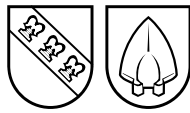
## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

	<p>beibehalten, weiterentwickelt oder adaptiert werden muss. Das heutige Konzept des Jugendhauses ist in dem Sinne zu überdenken, dass es irgendwo einen Treffpunkt braucht, an dem sich Junge unorganisiert versammeln können.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Die einzelnen Fachgebiete der Jugendarbeit werden weiterentwickelt, um auf unterschiedliche Benutzergruppen reagieren zu können.</li></ul>
<b>Rahmenbedingungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>– Eidgenössische sowie kantonale Gesetzesgrundlagen</li><li>– Polizeiverordnung</li><li>– Budget / Finanzplan</li><li>– Stellenplan</li></ul>
<b>Zuständig</b>	Ressort Sicherheit
<b>Mitbeteiligte Dritte</b>	Ressort Jugend und Sport, Ressort Gesundheit, Ressort Schule, Ressort Soziales
<b>Geschätzter Aufwand</b>	Noch nicht bezifferbar
<b>Erwartete Schwierigkeiten</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>– nicht alle Ziele können von der Gemeinde selbst erreicht werden</li><li>– knappe Ressourcen für nicht gesetzlich vorgeschriebene Leistungen</li><li>– unterschiedliche Zielvorstellungen</li></ul>
<b>Termine</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>– 2010-2014</li></ul>
<b>Ergebnisbeurteilung</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>– durch den Gesamtstadtrat</li></ul>

Zur näheren Umsetzung dieser Ziele hat der Stadtrat einen Projektauftrag definiert, welchen er am 13. Januar 2011 genehmigte. Er beinhaltet folgende wesentlichen Aspekte.

- Im Rahmen einer allgemeinen Standortbestimmung ist zu prüfen, wo Spannungsfelder und ein entsprechender Handlungsbedarf bestehen.
- Die Situation in Problem-Gebieten wird analysiert, priorisiert, und geeignete Massnahmen zur Verbesserung der Situation werden getroffen.
- Die Vernetzung zwischen den betroffenen Ressorts Sicherheit, Gesundheit, Jugend und Sport, Soziales sowie Schule soll überprüft und gezielt verstärkt werden.
- Es ist zu prüfen, ob die heutige sozialräumliche Jugendarbeit beibehalten oder adaptiert werden muss. Das heutige Konzept des Jugendhauses ist in dem Sinne zu überdenken, dass es irgendwo Treffpunkte braucht, an dem sich Junge unorganisiert versammeln können.
- Die einzelnen Fachgebiete der Jugendarbeit werden weiterentwickelt, um auf unterschiedliche Gruppen reagieren zu können.
- Erarbeiten eines übergreifenden Konzeptes, welches den Umgang und die Begleitung von Jugendlichen im öffentlichen Raum festhält.

Folgende Massnahmen wurden umgesetzt:



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Vernetzung:	Laufender, informeller Austausch im Netzwerk Jugend zwischen Werkhof, Jugendarbeit und Stadtpolizei
Betreiben eines Sorgenbriefkastens:	Es wurde ein dauernder Hinweis auf der städtischen Webpage aufgeschaltet / frust@ilef.ch
Öffentlichkeitsarbeit:	Es wurden drei Öffentlichkeitsanlässe (zweimal bei der Esso, einmal auf dem Märtplatz) durchgeführt.
Sofortmassnahme:	Im Jahr 2011 beschränkte die Esso den Alkoholverkauf ab 20.00 Uhr auf Personen über 21 Jahre.
Mobile Jugendarbeit:	Schaffung einer Stelle für mobile Gemeinwesenarbeit (z.Z. blockiert / eine Mehrheit des Grossen Gemeinderates hat dagegen bekanntlich das Referendum ergriffen).

Die angeführten Massnahmen führten zu einer allgemeinen Beruhigung der Lage. Brennpunkte werden durch den vernetzten Informationsaustausch schneller erkannt, und wo nötig, können sofort Kontrollen erfolgen. Die Zusammenarbeit mit den Esso-Verantwortlichen zeigte als Resultat ebenfalls eine Beruhigung des beliebten Treffpunktes. Geplante Littering-Projekte und die sozialräumliche Jugendarbeit runden das ganzheitliche Massnahmenpaket ab.

### FRAGE AUS DEM RAT

Gemeinderat René Truningner, SVP, erkundigt sich nach der Zahl der Einbrüche und die Entwicklung deren Zahl und Art in den letzten 10 Jahren. Ferner möchte er wissen, inwiefern – und ob überhaupt – die Stadt mit zusätzlichen Polizeipatrouillen dagegen vorgeht.

### ANTWORT DER STADTRÄTIN RESSORT SICHERHEIT

*Stadträtin Wyss* führt aus, dass Einbruch alleine im engeren Sinn nach allgemeiner Rechtslehre kein Straftatbestand darstelle. Da aber dazu noch die Merkmale Hausfriedenbruch sowie meist Diebstahl und Sachbeschädigung einhergehen, lässt sich daraus dann der Begriff Einbruch definieren und ableiten.

Stadträtin Wyss erläutert dazu die statistischen Grunddaten. Das entsprechende Zahlenmaterial, welches im Saal projiziert wurde, findet sich im Anhang zu diesem Protokoll. Es sei darauf hingewiesen, dass zum Zeitpunkt der Recherche noch keine Daten aus dem Jahre 2011 vorlagen. Die Daten fussen auf Erhebungen des kantonalen statistischen Amtes.

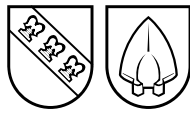
Die Sicherheitsvorsteherin gesteht ein, dass es sich hierbei für die Polizei um eine schwierige Angelegenheit handle. Im Schnitt dauere ein Einbruch lediglich fünf Minuten. Die Stadtpolizei arbeitet eng mit der Kantonspolizei und anderen Gemeindegewalten zusammen. Präsenzpatrouillen gegen Einbrüche in der Dämmerungszeit würden vorwiegend in den Monaten Januar bis November erfolgen.

### FRAGE AUS DEM RAT

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP.

### **S. 98 / 121, Fahrzeug Unterhaltsbetrieb / Autodrehleiter der Feuerwehr**

Hansruedi Wespi stellt fest, dass ein Fahrzeug bei der Feuerwehr ausgemustert wurde und danach bei der Abteilung Tiefbau im Unterhaltsbetrieb wieder eingesetzt wurde. Dies mutet merkwürdig an. Besitzt der Tiefbau weniger Ansprüche an Qualität von Fahrzeugen als die Feuerwehr?



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Die Autodrehleiter indessen fand einen neuen Abnehmer in Deutschland, während die städtische Feuerwehr dazu ein neues Modell beschaffte. Auch hier stelle sich die Frage, weshalb das Gerät anderweitig noch Verwendung finden könne, obschon es die Stadt Illnau-Effretikon nicht mehr für einsatztauglich erachte.

Es falle auf, dass das Ressort Sicherheit sehr grosszügig in der Materialbeschaffung agiere. Etwas mehr Zurückhaltung sei im Interesse des durch den Stadtrat postulierten Sparwillens angebracht.

### ANTWORT DER STADTRÄTIN RESSORT SICHERHEIT

Erstere Frage weiss Salome Wyss infolge Unkenntnis der Sache nicht zu beantworten. Zweiteres betrifft die Autodrehleiter, wozu übergeordnete Richtlinien der kantonalen Gebäudeversicherung GVZ bestünden. Das alte Modell vermochte die Auflagen, die an heutige Autodrehleitern gestellt werden, nicht mehr zu erfüllen. Im Übrigen sei die diesbezügliche Gesetzgebung in Deutschland - wie übrigens auch sämtliche Regelungen und feuerpolizeiliche Bestimmungen in den anderen 25 Kantonen der Schweiz – sehr unterschiedlich.

### RESSORT SOZIALES

Sozialvorstand, Kurt Brüngger, SP

Referent GPK: Ueli Kuhn, SVP

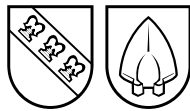
### Seite 105, Revision Vormundschaftsrecht

Was für Auswirkungen hat das auf unsere Gemeinde das Personal und die Kosten?  
Hat man heute klare Ansichten wie das ganze aussehen und funktionieren soll?

### ANTWORT DES STADTRATES RESSORT SOZIALES

Die Vorbereitungen zur Einführung der neuen KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) auf den 1. Januar 2013 sind in vollem Gange und verlaufen im Zeitplan, obschon der Kantonsrat das entsprechende Gesetz dazu erst an einer seiner letzten Sitzungen verabschiedet hat. Der Zeitrahmen ist eng. Die drei Behördenmitglieder und eine grosse Zahl der Mitarbeitenden (total 14 Mitarbeitende) konnten jedoch bereits angestellt werden. Der Präsident und seine engste Mitarbeiterin nehmen ihre Arbeit am 1. Juli 2012 auf. Die Räumlichkeiten in der Station Illnau werden auf Kosten des Eigentümers umgebaut (Rückbau der dort bereits eingerichteten Atelierwohnungen) und die notwendigen Installationen sind in der Ausführung begriffen. Diese kostspieligen Arbeiten konnten dank kluger Vertragsverhandlungen dem Eigentümer überbunden werden. Alle rechtlichen Anpassungen (Statutenänderung, Versicherungen, Verträge etc) sind in die Wege geleitet, die Überführung der Gemeinde-Dossiers ist unter Aufsicht des Bezirksrats bestimmt, wobei die elektronische Erfassung sämtlicher aktiver vormundschaftlicher Massnahmen bereits begonnen hat. Im gesamten Bezirk Pfäffikon sind derzeit 750 Massnahmen aktiv, 1/3 davon entfallen auf die Stadt Illnau-Effretikon.

Die Bestellung für Möblierung, Computer, Telefone etc. ist termingerecht aufgegeben worden. Hierbei wurde auf einen mittleren Standard geachtet, sodass sich die Kosten im Rahmen bewegen. Fr. 130'000.- müssen aber dennoch dafür eingesetzt werden.



## AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 12. Juli 2012

Ab so circa Mitte Oktober wird die neue KESB bereits schon für einzelne Gemeinden und Abklärungen tätig sein, ohne allerdings rechtliche Massnahmen treffen zu können, diese verbleiben bis zum 31. Dezember 2012 bei den Gemeinden.

Die Stadt Illnau-Effretikon muss die übergeordneten Änderungen zur KESB einst in ihrem Organisationsreglement (Gemeindeordnung) der Form halber nachvollziehen.

Die in der Stadtverwaltung Illnau-Effretikon im Bereich Vormundschaft arbeitenden Mitarbeiterinnen werden von der KESB übernommen. Die Kosten für diese Behörde werden sich, wie bereits prognostiziert, verdoppeln: von rund 300'000.- auf rund 600'000.- Franken. Leider beteiligt sich der Kanton trotz der Einwände seitens der Gemeinden nicht an diesen Kosten.

Die Befürchtungen der anderen Gemeinden werden nun teilweise wahr, da sie sich in erhöhtem Masse an den Gesamtkosten von Fr. 1.8 Mio an vormundschaftlichen Massnahmen beteiligen müssen. Diese Gemeinden haben bis anhin ihre Arbeit - und die damit verbundene Verantwortung - nicht zuletzt aus finanzpolitischen Überlegungen vernachlässigt bzw. nicht wahrgenommen. Solche Diskrepanzen werden mit der neuen KESB eliminiert. Im Übrigen entspricht genau dieser Umstand für die Revision des ZGBs und der Errichtung der neuen Behörden. Die Massnahmen werden professionell abgeklärt, einheitlich gehandhabt und frei von politischen Einflüssen angeordnet.

Am 9. November 2012 lädt die KESB zum Tag der offenen Tür und der Grosse Gemeinderat ist herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.

### FRAGE AUS DEM RAT

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP.

#### **S. 104, Heimaufenthalte im Berichtsjahr**

Aus diesen Übersichten gehe nicht hervor, was für eine Art von Personengruppe sich in den Heimen aufhält.

### ANTWORT DES STADTRATES RESSORT SOZIALES

Laut den Erläuterungen von *Stadtrat Kurt Brüngger* handelt es sich hierbei um Leute mit schwersten körperlichen oder geistigen Behinderungen.

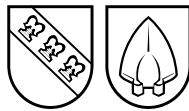
### RESSORT TIEFBAU

Tiefbauvorstand, Urs Weiss, SVP.  
Referent GPK: Jürg Gassmann, SP

#### **Öffentliche Anlagen, S. 124**

Aus welchem Grund wurde eine so aufwändige LED-Leuchte bei der Unterführung Trittlweg montiert?

Die Lampe in der Unterführung Trittlweg wurde im Zusammenhang mit der Sanierung der Unterführung ausgewechselt. Das mit diesem Beleuchtungskörper verbundene Problem bestehe in der fortwährenden Sachbeschädigung durch Vandalen. Das jetzige Modell soll gegen solche Gewaltattacken resistenter sein, wenn auch wenig Hoffnung besteht, dass sich die unhaltbaren Umstände der mutwilligen Zerstörung bessern. Die LED-Technologie wurde gewählt, da sie zukunftsweisend sei und in naher Zukunft die bisherigen Natriumhochdruckdampflampen ablösen soll.



**AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL**  
Sitzung vom 12. Juli 2012

Stadtrat Urs Weiss erläutert die technischen Feinheiten und Eigenheiten der LED-Technologie anhand einer visuellen Projektion. Er betont jedoch, dass die Technologie noch nicht ausgereift sei und das durch die LED-Leuchten darstellbare Farbenspektrum noch nicht allgemeinverträglich ausreiche. Hingegen sei die Lichtstreuung / Bündelung usw. schon von relativ guter Qualität und könne vorwiegend bei Gehwegen sinnvoll eingesetzt werden.

ABSTIMMUNG

**DER GROSSE GEMEINDERAT**

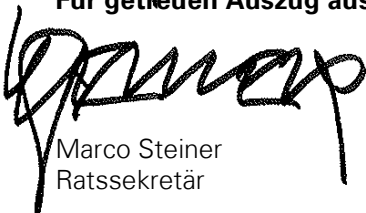
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 25 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

**BESCHLIESST:**

1. Der vom Stadtrat gemäss § 30 Ziffer 5 der Gemeindeordnung (GO) vorgelegte Geschäftsbericht des Jahres 2011 über die Amtstätigkeit der städtischen Behörden, der Verwaltung sowie der öffentlichen Betriebe wird im Sinne von § 25 Ziffer 3 GO genehmigt.
2. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
  - a. sämtliche Ressortvorstände des Stadtrates (9),
  - b. sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung (11),
  - c. die Abteilung Präsidiales,
  - d. das Ratssekretariat, dreifach.

Der obenerwähnte Beschluss erfolgte einstimmig.

**Für getreuen Auszug aus dem Protokoll**



Marco Steiner  
Ratssekretär

Versandt am: 13.07.2012

ms